

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 90 Rp.

AKTUELL

SKA sieht Schweiz 1995 unter einem guten Stern

Zürich (AP) Nach Einschätzung der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) steht die Schweizer Wirtschaft 1995 unter einem guten Stern. Das Wirtschaftswachstum wird 2,5 Prozent betragen, die Teuerung 2,8 Prozent erreichen, wie einem am Dienstag veröffentlichten Konjunkturbericht zu entnehmen ist.

1994 neun Anschläge auf Asylunterkünfte

Bern (AP) In der Schweiz sind 1994 neun Anschläge auf Asylunterkünfte verübt worden. In sechs Fällen wurden Brandsätze geworfen, zweimal wurde geschossen und einmal handelte es sich um Sachbeschädigung, wie die Bundesanwaltschaft zu einem Bericht der «Basler Zeitung» bestätigte. 1993 wurden ebenfalls neun Anschläge verübt, während 1991 noch 77 Gewaltakte gezählt wurden.

Schwerstes Erdbeben in Japan seit 40 Jahren



Rund 2000 Menschen kamen bei einem schweren Erdbeben gestern Dienstag in Japan ums Leben. Ausführlicher Bericht siehe Letzte Seite.

Moritz Leuenberger kandidiert nicht mehr

Zürich (AP) Der Zürcher Regierungs- und Nationalrat Moritz Leuenberger will im kommenden Herbst nicht mehr für den Nationalrat kandidieren. Dies gab der 49jährige Jurist am Dienstag in Zürich bekannt. Er betrachte 16 Jahre Zugehörigkeit zum eidgenössischen Parlament als genug, hiess es auf Anfrage im Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei (SP) des Kantons Zürich.

SBB: Regionale Anliegen nicht berücksichtigt

Bern (AP) Bei dem ab 28. Mai gültigen SBB-Fahrplan sind die Wünsche der Kantone im Regionalverkehr weitgehend unberücksichtigt geblieben. Wie die SBB am Dienstag mitteilten, wurde nur rund ein Drittel der Begehren ganz oder teilweise im Fahrplan aufgenommen. Wichtige Verbesserungen betreffen laut SBB den Fernverkehr.

1994 über 400 kg illegale Drogen beschlagnahmt

Bern (AP) Die Schweizer Grenzschützer haben im vergangenen Jahr umfangreiche Drogentransporte in die Schweiz abgefangen. 109 Kilogramm Heroin sowie je 160 Kilogramm Cannabis und Kokain wurden beschlagnahmt. Insgesamt intervenierte das Grenzschutzpersonal in den verschiedenen Bereichen über 290 000 Mal, das ist ein Einsatz rund alle zwei Minuten.

Schulbetrieb auch unter schwierigen Bedingungen fortsetzen

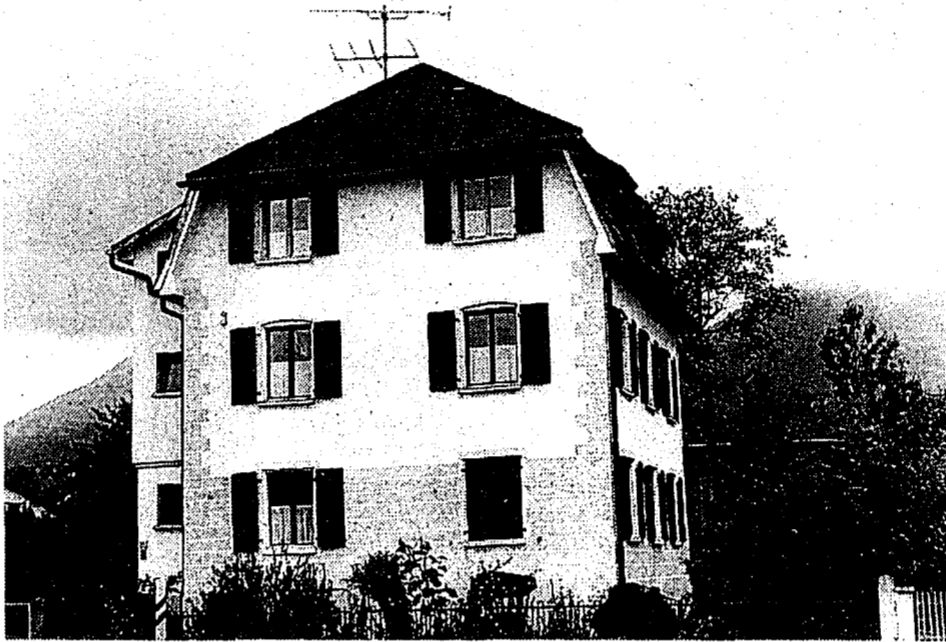
Die Waldorfschule wartet nach wie vor auf öffentlich-rechtliche Anerkennung – Gespräch mit Richard Schierscher, Präsident der Waldorfschule

(s.e.) – Die Liechtensteinische Waldorfschule in Schaan wird weiterhin um ihre öffentlich-rechtliche Anerkennung kämpfen. «Wir sind der festen Überzeugung, als Privatschule alle Voraussetzungen zur Erlangung des Öffentlichkeitsrechtes im Sinne des Liechtensteinischen Schulgesetzes zu erfüllen, und haben deshalb Beschwerde erhoben», sagte der Präsident der Vereinigung Liechtensteinische Waldorfschule, Richard Schierscher, im Gespräch mit dem VOLKSBLATT. Die Waldorfschule kann übrigens im April dieses Jahres ihr 10jähriges Bestehen feiern.

Am 11. April 1985 erteilte die Regierung der Vereinigung Liechtensteinische Waldorfschule eine Bewilligung zur Errichtung und Führung einer Privatschule auf Zusehen hin. Im Verlaufe dieses Jahrzehntes hat die Waldorfschule eine beachtliche Grösse erreicht. Mit Stichtag im November 1994 besuchten insgesamt 15 Kinder den Kindergarten und 125 Kinder die erste bis neunte Klasse. Von diesen 140 Kindern (aus 84 Familien) kommen 30 aus der Schweiz, 74 aus Österreich und 36 aus Liechtenstein. Die Schule beschäftigt zur Zeit 12 vollamtliche und 4 Lehrer im Nebenamt.

Alternative zum staatlichen Schulsystem

Die Waldorfschule bildet heute anerkannter Weise eine Bereicherung des regionalen Bildungsangebotes und möchte sich als Alternative zum staatlichen Schulsystem etablieren. Staatliche und Alternativschulen stehen sich, wie der Präsident der Vereinigung Liechtensteinische Waldorfschule, Richard Schierscher, im Gespräch mit dem VOLKSBLATT ausführte, nicht gegenüber, sondern begegnen sich mit derselben Problemstellung: «Welche Erziehung brauchen die jungen Menschen heute? Welche Inhalte, Kräfte und Energien müssen vermittelt bzw. aktiviert werden? Welche Voraussetzungen sind hierfür zu schaffen?» Es gehe schon lange nicht mehr um



Seit 10 Jahren ist die Waldorfschule an der Bretschstrasse in Schaan beheimatet.

Konkurrenz, sondern um Frage wie: «Wer hat Erfahrungen und Methoden, um einen ernsthaften Beitrag zur Problembewältigung zu leisten? Oder was kann die Gesellschaft sinnvollerweise von Privatschulen übernehmen?» Die Waldorfschule fördert im Rahmen ihrer Pädagogik speziell kreative und soziale Fähigkeiten und kann damit nach eigener Ansicht einen Beitrag zur regionalen Bildungspolitik leisten.

Steinger Weg

Gemäss Richard Schierscher ist der Weg zu diesem Ziel noch mit vielen Steinen bepfäst. Zwar verfüge die Schule im «kleinen Jubiläumsjahr» mittlerweile über die definitive Betriebsbewilligung, das angestrebte Öffentlichkeitsrecht ist ihr aber nach wie vor verwehrt geblieben. Die öffentlich-rechtliche Anerkennung gibt einer Privatschule das Recht, Schulzeugnisse mit den gleichen Rechtswirkungen auszustellen wie staatliche

Schulen und nicht zuletzt sind damit auch finanzielle Sicherheiten verbunden. Die Regierung hat im November ein diesbezügliches Gesuch der Waldorfschule vom September 1993 unter anderem mit dem Hinweis abgelehnt, das verschiedene Kriterien nicht erfüllt seien.

Nach den Worten von Richard Schierscher wird die Waldorfschule die ablehnende Haltung der Regierung nicht akzeptieren. Die Schule stellt sich nach wie vor auf den Standpunkt, in der Frage des Öffentlichkeitsrechtes alle Voraussetzungen im Sinne des liechtensteinischen Schulgesetzes zu erfüllen.

Finanziell nicht auf Rosen gebettet

Die Liechtensteinische Waldorfschule, die auf der Grundlage der Pädagogik von Rudolf Steiner geführt wird, ist in finanzieller Hinsicht keineswegs auf Rosen gebettet. Trotz äusserst sparsamer Ausgabenpolitik – die Gehälter der Lehrer sind beispielsweise auf tiefstem Niveau ange-

siedelt und grossen Eigenleistungen von seiten der Eltern – habe sich im Schuljahr 1993/94 ein budgetierter Verlust von etwas mehr als 100 000 Franken nicht vermeiden lassen, sagte Richard Schierscher. Aus diesem Grund sei im Herbst letzten Jahres der Antrag an die Regierung erfolgt, das Land möge den zu erwartenden Verlust mit der Gewährung eines einmaligen Zuschusses in der Höhe von 100 000 Franken abdecken. Ein Ansinnen, dem letztendlich Regierung und Landtag negativ gegenüberstanden.

Aufgaben kommt nicht in Frage

In bezug auf die finanzielle Situation der Waldorfschule weist Richard Schierscher darauf hin, dass mittlerweile die Eltern den Verlust aus eigenem Sack ausgleichen müssen. Sie gelten somit als überzeugte Befürworter der Waldorfpädagogik, deren Lehrziele und Lehrpläne auf einem ganzheitlichen pädagogischen Konzept basieren und Elemente des sozialen, individuellen und integrativen Lernens enthalten. «Auch wenn wir vom Staat mit Ausnahme des einmaligen Beitrages in der Höhe von 50 000 Franken kein Geld mehr bekommen haben, werden wir den Schulbetrieb gegebenenfalls auch unter schwierigeren Bedingungen aufrecht erhalten. Dies ist natürlich nur dank dem Entgegenkommen und Engagement der Eltern und des Lehrkörpers möglich», betonte Richard Schierscher. «Zu besonderem Dank verpflichtet sind wir auch all jenen Freunden, Gönnern und Stiftungen, die uns mit grosszügigen Beiträgen und Spenden unterstützen». Wie dem Jahresbericht zu entnehmen ist, werden annähernd 2/3 der jährlichen Kosten über Elternbeiträge finanziert, die der individuellen Einkommenssituation angepasst sind und zwischen 3000 und 12 000 Franken pro Jahr schwanken. Die intensive Einbindung und Mitwirkung der Eltern ist allgemein ein Kennzeichen der Waldorfschulen: Eltern und Lehrer sind gemeinsam Träger der Schule.

Schellenberg-Tunnel keine Lösung für Unterländer Verkehrsproblem

Klare Stellungnahme der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz – Weiterbearbeitung des Ideenwettbewerbs Verkehr durch Regierung

(G.M.) – Die Schaffung eines landesweiten Verkehrskonzeptes ist eines der wichtigsten Ziele des Ressorts Verkehr, erklärte Regierungspräsident Dr. Cornelia Gassner am letzten Pressegespräch. Mit Verkehrsfragen setzen sich aber auch andere Institutionen und Vereinigungen auseinander, wobei die Verkehrssituation im Unterland im Mittelpunkt steht. Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) hat sich, wie aus einem soeben veröffentlichten Protokoll hervorgeht, klar gegen den Bau eines Schellenberg-Tunnels ausgesprochen, der die Verbindung zwischen Österreich und der Schweiz herstellen soll.

Die Verkehrsdiskussion in der Region hält bereits seit einigen Jahren an. Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein hat in den bisherigen Äusserungen den österreichischen Behörden zu verstehen gegeben, dass der internationale Verkehr zwischen Österreich und der Schweiz nicht durch Liechtenstein rollen dürfe. Deshalb sprach sie sich für den Bau der in Vorarlberg umstrittenen S 18 aus, welche als Verbindung zwischen der schweizerischen und österreichischen Rheintalautobahn geplant ist. Im Zusammenhang mit der Verkehrsbelastung in der Stadt Feldkirch und neuerdings mit der Überlastung des Amberg-Tunnels rückte die Idee für die Erstellung des sogenannten Letze-Tunnels, der als Umfahrung von Feldkirch geplant ist, erneut in die Diskussion. Dieser Tunnel-Variante steht die liechtensteinische Regierung ablehnend gegenüber, weil die Vermutung besteht, dass diese Umfahrungsroute zusätzlichen Verkehr anziehen könnte, der letztlich wieder durch das Unterland rollen würde. Auch in diesem Zusam-

menhang liess die Regierung in den letzten Jahren mehrfach verlauten, dass sie nicht gewillt sei, das Zollamt Tisis-Schaanwald auszubauen, um diesen Verkehr aufnehmen zu können.

Ablehnung des Schellenberg-Tunnels

Die schweizerische Nationalstrasse N 13 bot sich im Rahmen des Ideenwettbewerbs Verkehr als Möglichkeit an, den Verkehr von Liechtenstein fernzuhalten. Zur Frage, wie die Verbindung zwischen Österreich und der Schweiz ausgestaltet werden sollte, bestehen verschiedene

Vorstellungen. Eine davon ist der Bau eines Schellenberg-Tunnels, um die Unterländer Gemeinden vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) hat sich klar gegen diesen Schellenberg-Tunnel ausgesprochen, da er nach ihrer Auffassung «keine Lösung für die Verkehrsproblematik im Unterland» bringen würde. Vielmehr wären «sehr hohe Kosten und ein überdimensionierter Landschaftseingriff notwendig, ohne dass deswegen auf das bisherige Strassennetz verzichtet werden könnte». Die

Kosten für diesen Tunnel werden nach groben Schätzungen auf 150 Mio. Fr. beziffert.

Ideenwettbewerb Verkehr weiterverfolgen

Die LGU ist der Ansicht, dass die Verbesserungsvorschläge aus dem Ideenwettbewerb Verkehr vorrangig umgesetzt werden sollten. Diesbezüglich gab Regierungspräsidentin Dr. Cornelia Gassner zu verstehen, dass aus den besten Planungsvorschlägen eine Broschüre gemacht werden soll, um die Verkehrsdiskussion in der Bevölkerung wieder in Gang zu bringen.

In den Empfehlungen des Preisgerichtes des international ausgeschriebenen Verkehrswettbewerbs hiess es dazu, dass Gesamtpolitik und Bevölkerung in den Planungs- und Realisierungsprozess aktiv eingebunden werden müssten. Allerdings sollte die Verkehrsproblematik nicht isoliert betrachtet werden, sondern es müsse von einem Gesamtbild ausgegangen werden, das Umwelt, Verkehr, Bau- und Raumordnung umfasse.

Zusammenarbeit in der Region

Die Verkehrsprobleme im Liechtensteiner Unterland bilden nur einen Teil der zu lösenden Probleme gleicher Art in der weiteren Region. An der Internationalen Bodenseekonferenz im vergangenen Herbst sprachen sich die Teilnehmer aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein für eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit aus. Dies vor dem Hintergrund, dass die wirtschaftliche Integration und die Globalisierung der Märkte zusätzlichen Verkehr erzeugen.

A-Post-Anteil kleiner als erwartet

PTT werten leichte Zunahme gegenüber 1993 als Erfolg

(AP) Vier Jahre nach der Einführung des Zweiklassensystems bei der Briefpost haben die PTT das Ziel eines 25-Prozent-Anteils der A-Post zwar noch nicht erreicht. Der Anteil der schnellen und teureren Briefe erhöhte sich 1994 aber weiter, was die Post angesichts des schwierigen Umfelds als Erfolg wertet.

Gegen 21 Prozent der Briefe waren 1994 als A-Post aufgegeben worden, wie Ernst Moser, Chef der Abteilung Betriebskonzepte auf der Hauptabteilung Logistik Post der PTT-Generaldirektion, auf Anfrage sagte. Der Anteil sei damit nochmals etwas besser als 1993. Allerdings handelt es sich erst um vorläufige Zahlen. Moser machte zudem auf Erhebungsschwierigkeiten aufmerksam, gelte es doch beispielsweise zu berücksichtigen, dass in der A-Post auch der nicht direkt ertragsrelevante interne Verkehr der Postcheckämter enthalten sei. Nach der Einführung der Zweiklassenpost

am 1. Februar 1991 war der Anteil der A-Post in den ersten beiden Jahren mit 17 und 18 Prozent deutlich unter den Vorgaben geblieben. Im Zuge der Verteuerung der B-Post von 50 auf 60 Rappen konnte 1993 die 20-Prozent-Marke erreicht werden. Moser sagte, dass ein Anteil von 25 Prozent nach wie vor ein wünschbares Ziel sei. Bei den internen Berechnungen sei man von einem Ziel von 23 Prozent ausgegangen. Moser wertete die Steigerung des A-Post-Anteils in den vergangenen beiden Jahren aber als Erfolg und verwies auf die Rezession sowie die Konkurrenz von Telefax und elektronischer Post, die vor allem bei der schnellen Briefpost zu spüren sei. Moser schliesst nicht aus, dass der A-Post-Anteil längerfristig wieder sinken wird. Insgesamt blieb die Gesamtmenge der Briefpost in den vergangenen Jahren mehr oder weniger stabil und machte gut 3,5 Milliarden Sendungen im Jahr aus.